



DOMINIK
NEPP 

55 MAL

**SICHER FAIR
FÜR UNSER WIEN**

DAS IST FAIR. 5 GUTE  JAHRE FÜR WIEN!



Impressum:

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien

1010 Wien, Rathausplatz 8/3/9

E-Mail: lgst.wien@fpoe.at

Internet: www.fpoe-wien.at

© 2025 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien
Alle Rechte vorbehalten.



LIEBE WIENERINNEN, LIEBE WIENER!

Unsere Stadt steht an einem Wendepunkt. Immer mehr Menschen spüren:

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Der Wunsch nach Veränderung wächst – nach **mehr Sicherheit, mehr Fairness** und **echter Unterstützung** für die, die tagtäglich ihren Beitrag zu einem funktionierenden Wien leisten.

„55 MAL SICHER FAIR FÜR UNSER WIEN“ ist kein klassisches Wahlprogramm. Es ist die **Essenz unserer Überzeugungen**, eine **kompakte Zusammenfassung** zentraler Inhalte, wie wir sie auch in unserem internen Leitfaden erarbeitet haben – einem **lebendigen Dokument**, das sich laufend weiterentwickelt und den Herausforderungen unserer Zeit anpasst.

Was Sie hier in Händen halten, soll Ihnen einen Einblick geben in unsere Haltung, in unsere Richtung – ohne den Anspruch, jede einzelne Formulierung für alle Zeiten in Stein zu meißen.

Politik lebt, Wien lebt – und wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Ich lade Sie herzlich ein, sich mit unseren Ideen auseinanderzusetzen, mitzudenken und mitzureden. Denn nur gemeinsam kann aus Kritik Veränderung entstehen. Und aus einem Wunsch eine Bewegung.

Ihr **Dominik Nepp**. Landesparteibobmann der FPÖ Wien

I FÜR EIN **FAIRES WIEN**

Das Leben in Wien wird immer teurer. Viele hart arbeitende Wiener fragen sich: Wie sollen wir uns das noch leisten? Doch statt die Bevölkerung zu entlasten, verteilt SPÖ-Bürgermeister Ludwig 700 Millionen Euro allein in Form von Mindestsicherung an illegale Zuwanderer und Asylanten – Geld, das diesen Personen gar nicht zustehen dürfte! Während viele Wiener kämpfen müssen, steigen die Sozialleistungen für jene, die nie etwas beigetragen haben.

Dank SPÖ-Bürgermeister Ludwig zahlen wir für unseren Untergang. Das muss aufhören!

Diese 700 Millionen Euro müssen den Menschen zugutekommen, die aktiv dazu beitragen, unsere Stadt lebenswerter zu machen:

-  Teuerungsausgleich für Wiener, die sich das Leben trotz harter Arbeit nicht mehr leisten können.
-  Zusätzliche Unterstützung für Pensionisten, die ihr Leben lang gearbeitet haben.
-  Höhere Gehälter für Ärzte und Pflegekräfte, um das Gesundheitssystem zu verbessern.
-  Wien-Bonus für mehr Polizisten, um die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen.

DAS IST FAIR! **5 GUTE  JAHRE FÜR WIEN!**

I WIEN SICHER FAIR

-  Mindestsicherung und Gemeindewohnungen nur für österreichische Staatsbürger.
-  Alle Gebühren und Mieten von Wiener Wohnen mit einer Entlastungsoffensive senken.
-  Preise für Fernwärme und Strom bei Wien Energie sofort senken.
-  Stopp der Parkplatzvernichtung – individuelle Freiheit für Autofahrer bewahren.

I UNSERE STADT – UNSERE REGELN

-  Asylstopp jetzt, Familiennachzug sofort beenden. Keine Einbürgerung für Asylanten.
-  Konsequentes Abschieben krimineller, illegaler und abgelehnter Asylanten.
-  Entschlossenes Vorgehen gegen Straßen-Terror und Parallelgesellschaften.

FAIRNESS BEI DER ZUWANDERUNG

Viele Zuwanderer aus Osteuropa, vom Balkan und auch aus der Türkei kamen nach Wien, um zu arbeiten, unsere Sprache zu lernen und Teil unserer Gesellschaft zu werden. Sie haben sich integriert, leisten ihren Beitrag in ihrer neuen Heimat Wien – oft schon als österreichische Staatsbürger.

Doch seit Beginn der Völkerwanderung 2015 strömen unkontrolliert immer mehr Menschen aus fremden Kulturen nach Wien, die unsere Lebensweise verachten, unsere Sprache nicht lernen, sich nicht anpassen wollen und nur vom Sozialsystem leben. Das ist besonders jenen gegenüber nicht fair, die sich ihren Platz in unserer Gesellschaft hart erarbeitet haben.

Daher gilt: Wir müssen entscheiden können, wer kommen darf. Wer unsere Werte und Regeln achtet, unsere Sprache lernt und arbeitet, kann seinen Platz in unserer Gesellschaft finden. Wer illegal hierher kommt oder sich nicht integriert, nicht anpasst und nur nimmt, hat in Wien nichts verloren.

DAS IST FAIR! **5 GUTE  JAHRE FÜR WIEN!**

55 MAL
**SICHER FAIR
FÜR UNSER WIEN**



ImageBROKER.com GmbH & Co. KG / Alamy/BF4GAN

ARBEIT

EIN EINKOMMEN ZUM AUSKOMMEN

Die Stadt Wien hat in allen Bereichen die Baby-Boomer-Pensionierungswelle verschlafen. Anstatt jedoch auf vorausschauende Bedarfsplanung und entsprechende Ausbildung und Motivation der Wiener zu setzen, glaubt die Wiener SPÖ einmal mehr daran, das Problem mit noch mehr Zuwanderung lösen zu können.

Mit dem Vormarsch der Künstlichen Intelligenz steht uns in der Stadt eine Umwälzung der gesamten Arbeitswelt bevor. Einmal mehr ist zu befürchten, dass die Stadtregierung auch diesen Zug verpasst und wir vor allem die negativen Auswirkungen zu spüren bekommen, ohne die potenziellen Vorteile zu nutzen.

Rahmenbedingungen für Freiheit und Flexibilität

Wer weniger arbeiten will oder kann, soll die Möglichkeit dazu haben – wer aber mehr arbeitet, muss auch deutlich mehr Netto vom Brutto behalten.

Facharbeitermangel in der Stadt lösen

Wien muss seinen Fachkräftebedarf durch Ausbildung statt Zuwanderung decken. Eine „Bedarfsplanung 2050“ soll Mangelberufe ermitteln und Schulen auf eine bedarfsorientierte Ausbildung ausrichten, abgestimmt auf langfristige Konjunktur- und Arbeitsmarktprognozen.

45 Arbeitsjahre sind genug

Wer 45 Jahre gearbeitet hat, soll ohne Abschläge in Pension gehen können. Die „Hacklerregelung“ und die „Altersteilzeit“ müssen bestehen bleiben, um älteren Arbeitnehmern echte Wahlfreiheit zu garantieren.

Künstliche Intelligenz (KI) – nützen und schützen

Wien muss jetzt handeln, um Chancen zu nutzen statt die Entwicklung zu verschlafen – mit langfristigen Ausbildungsstrategien und vorausschauender Planung, um den Wandel der Arbeitswelt durch KI erfolgreich zu gestalten.



FAIRNESS

MEHR GELD FÜR DIE WIENER

Mieten, Betriebskosten, Energie. Das sind jene drei Bereiche, in denen in Wien die Kosten explodiert sind. Für alle drei Bereiche trägt der Wiener Bürgermeister die direkte Verantwortung und ist daher mitschuld, dass sich viele Wiener das Leben nicht mehr leisten können. Das ist nicht fair.

Statt die laufenden Kosten der Wiener zu senken, glaubte die rot-pinke Stadtregierung, sich durch einmalige, dafür aber umso bescheidenere Zahlungen freikaufen zu können.

Gleichzeitig schüttet Wien über 700 Millionen Euro an Mindestsicherung an Nicht-Staatsbürger aus und macht Wien damit zur Wunschdestination für Asylanten.



Kosten mit einer Entlastungsoffensive senken

Wien darf die Teuerung nicht weiter anheizen, sondern muss sie aktiv bekämpfen: Gebühren und Mieten sind zu senken, automatische Erhöhungen abzuschaffen. Das ist fair.



Faire Preise bei Wien Energie

Wien Energie erzielt jährlich 500 Millionen Euro Gewinn, während die Wiener unter hohen Energiekosten leiden. Statt Profite zu horten, muss das Unternehmen für faire, stabile Preise sorgen und Gewinne an die Kunden zurückgeben – statt sie in utopische Langzeitprojekte zu stecken.



Mindestsicherung ausschließlich für Österreicher

Die Wiener SPÖ verteilt über 700 Millionen Euro an Nicht-Staatsbürger, sogar an Abzuschiebende. Dieses Einfallstor in den Sozialstaat muss geschlossen werden. Das eingesparte Geld soll den hart arbeitenden Wienern, Pensionisten und dem Gesundheitssystem zugutekommen – das ist fair.



Sozialleistungen für Österreicher, Betrug verhindern

Sozialleistungen müssen auf Österreicher fokussiert, Betrug konsequent bekämpft und gesparte Mittel für Bedürftige verwendet werden – das ist fair.



Oxana Kuzmina / Alamy iStock

FRAUEN CHANCEN STATT QUOTEN

Zweifelsohne gibt es noch immer deutliche Benachteiligungen der weiblichen Bevölkerung, die auf die verfehlte Frauenpolitik von Schwarz-Rot-Grün-Pink sowohl im Bund als auch in der Stadt zurückzuführen sind. „Gender-Ideologie“, Frauen-Quoten und das „Binnen-I“ sind dafür aber keine Lösung, sondern Teil einer falsch verstandenen Gleichmacherei, die am realen Leben einer Frau vorbeigeht.

Kaum ein Tag vergeht, an dem Frauen und Kinder nicht Opfer von Übergriffen auf offener Straße werden. Der von der SPÖ ernannte Polizeipräsident Wiens empfiehlt als Lösung, dass Frauen nachts einfach nicht mehr alleine auf den Straßen ihrer Heimatstadt unterwegs sein sollen.

Kein Freiwild – Schutz vor „kultureller Bereicherung“

Die Missachtung unserer Frauenrechte durch nicht integrierte Zuwanderer dulden wir nicht. Frauen müssen sich nicht anpassen – wer sie nicht respektiert, gehört abgeschoben. Klare Maßnahmen sind nötig: Asylstopp, Sozialleistungsentzug und strengere Strafen für Übergriffe.

Echte Freiheit bei der Wahl der Kinderbetreuung

Ob Familie, Tagesmutter oder Kindergarten – jede Betreuungsform muss gleichwertig unterstützt werden.

Kein verpflichtender Kindergarten in Wien

Ein verpflichtender Kindergartenbesuch soll nur bei Defiziten gelten. Ein Screening mit drei Jahren soll die sprachlichen und sozialen Kompetenzen eines Kindes überprüfen.

Selbstbewusste Frauen statt Gender-Ideologie

Frauen haben sich ihre Rechte hart erkämpft – ob Wahlrecht, Bildung oder gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Männer im Frauensport und Gender-Sprache haben nichts mit echter Gleichberechtigung zu tun. Frauen brauchen Wahlfreiheit, keine Quoten oder ideologische Experimente. Gleichberechtigung bedeutet Anerkennung von Leistung.



GESUNDHEIT

MUSS UNS
ETWAS WERT SEIN

*Lange Wartezeiten auf Untersuchungs- und Operations-
termine, überfüllte Wartezimmer bei niedergelassenen
Ärzten und in Ambulanzen, Spitalsschließungen und
Gangbetten, Ärztemangel und zu wenig Pflegepersonal,
... das alles ist Realität im SPÖ-regierten Wien.*

*Die SPÖ stellt seit über 100 Jahren den Wiener Gesund-
heitsstadtrat und sie stellte ab 1945 ganze 61 Jahre lang
die Gesundheitsminister der Zweiten Republik. Heute ist
das Wiener Gesundheitssystem nicht einmal für eine
größere Grippewelle, geschweige denn für eine Natur-
oder Unfallkatastrophe gerüstet.*

Die Gesundheitspolitik der Wiener SPÖ ist lebensgefährlich!

Entlastung der Ambulanzen statt Wartezeiten

Um stundenlange Wartezeiten in Spitalsambulanzen zu reduzieren, braucht es Erstversorgungsambulanzen, mehr Kassenärzte und mehr Primärversorgungszentren mit erweiterten Öffnungszeiten.

Wien braucht mehr Kassenstellen

Statt Bürokratie und Parteibuchdenken braucht es eine gezielte Förderung motivierter Mediziner, mehr Studienplätze für Österreicher und attraktive Bedingungen, um Ärzte in der Stadt zu halten. Besonders in der Kinderheilkunde und Kinderpsychiatrie besteht akuter Handlungsbedarf.

Pflegeberufe attraktivieren und besser entlohnen

Ein zukunftssicheres Gesundheitssystem braucht qualifizierte Pflegekräfte, die durch faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine moderne Ausbildung gewonnen und gehalten werden – statt ständig nach Zuwanderung zu rufen.

Asylchaos darf Wiens Versorgung nicht gefährden

Die medizinische Versorgung der Wiener muss gesichert bleiben. Illegale Zuwanderer und Asylanten dürfen nur eine Elementarversorgung erhalten.



JUGEND

DIE ZUKUNFT IN WIEN SICHERN

Der Ruf der Wiener Mittel- und Berufsschulen ist so schlecht, dass Eltern ihre Kinder bevorzugt auf eine höhere Schule schicken. Dadurch landen oft nur die Kinder in den Berufsschulen, die in anderen Bildungseinrichtungen nicht mithalten könnten. Dies verschärft den Fachkräftemangel, was für die SPÖ wiederum als Argument für noch mehr Zuwanderung herhalten muss.

Statt aber auf die Zukunft unserer Wiener Jugend zu setzen, glaubt Rot-Grün-Pink, die durch unkontrollierte Zuwanderung entstandenen Probleme durch noch mehr illegale Zuwanderung lösen zu können – und schüttet damit aber nur noch mehr Öl ins Feuer.

 Wer nicht Deutsch kann, darf nicht in die Schule gehen

Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse dürfen nicht in Regelklassen unterrichtet werden. Eigene Kindergartengruppen und Vorbereitungsklassen mit geschultem Personal sind nötig, um den Unterricht für alle zu sichern.

 Moderne Lehrpläne mit mehr Berufsorientierung

Schulen müssen digitale Kompetenzen, wirtschaftliches Grundwissen und Berufsorientierung stärker vermitteln, um Jugendliche besser auf die Zukunft vorzubereiten.

 Gewalt darf an Wiens Schulen keinen Platz haben

Wer den Unterricht stört oder Gewalt ausübt, muss mit klaren Konsequenzen rechnen. Lehrer brauchen dafür Befugnisse und Rückhalt, „Eltern haften für ihre Kinder“, und für aggressive Schüler sind Auszeit-Gruppen, „Boot-Camps“ oder dauerhafte Ausschlüsse nötig.

 Lehrabschlussprämie für eine erfolgreiche Zukunft

Jeder Lehrling mit erfolgreichem Abschluss soll eine Prämie von 10.000 Euro in bar und 5.000 Euro in Form eines Bildungsschecks erhalten. Für einen Abschluss in einem Mangelberuf wird die Prämie verdoppelt.



KUNST & KULTUR

DEM ERBE WIENS GERECHT WERDEN

Die Wiener sind zu Recht stolz auf ihr kulturelles Erbe. Es liegt daher auch in der Verantwortung unserer Generation, dieses Erbe zu pflegen und auszubauen. Diese Aufgabe wird von der Wiener SPÖ sträflich vernachlässigt: Das Abnormale wird zum Normalen erklärt, zeitgeistige Produktionen werden mit seltsamer Energie verfolgt und verstören, statt zu gefallen.

Links-woke Theaterproduktionen finden im publikumsfreien Raum statt, moderne Architektur verunstaltet in Wien, statt zu harmonisieren und zu ergänzen, und es scheint der Zwang vorhanden zu sein, jeden Platz mit zum Teil objektiv verstörenden Installationen irgendwie befremdlich zu gestalten.

„Freiheit der Kunst“ durch Transparenz und Kontrolle

Geförderte Kunst muss sich am Interesse der Menschen orientieren, nicht an ideologischen Vorgaben der Regierenden. Wien braucht mehr Transparenz und Kontrolle über die Vergabe von 300 Millionen Euro an Fördergeldern.

Zuschauer rein und Politik raus aus Wiens Theatern

Theater soll Kunst und Unterhaltung bieten – nicht als Bühne für politische Auftragsarbeiten dienen. Steuergelder dürfen nicht für einseitige Ideologie missbraucht werden.

Bezirksmuseen als Stärkung unserer Identität

Viele Bezirksmuseen kämpfen mit fehlenden Mitteln und mangelnder Bekanntheit. Die Stadt muss sie gezielt unterstützen und sichtbarer machen, um möglichst viele Menschen für diese Kleinode in ihren Bezirken zu begeistern.

Architektur in Wien darf auch objektiv schön sein

Moderne Architektur kann schön sein oder so wie in Wien. Es scheint, als liefere man sich einen Wettbewerb darum, jedem Platz seinen historischen Charakter zu nehmen, statt ein objektiv attraktives Gesamtensemble zu schaffen, das auch der Mehrheit der Bevölkerung gefällt.



SENIOREN

ANERKENNUNG, SICHERHEIT UND RESPEKT

Heute haben Senioren andere Erwartungen an ihren Lebensabend als vielleicht noch vor 50 Jahren. Immer mehr ältere Menschen wollen selbstständig aktiv in ihren eigenen vier Wänden alt werden. Dieser Entwicklung ist nachzukommen, und diese Generation ist bestmöglich bei ihrem Wunsch zu unterstützen.

Die Realität im SPÖ-geführten Wien sieht leider anders aus. Statt diese große Bevölkerungsgruppe angemessen zu unterstützen, stoßen ältere Menschen in Wien oft auf respektlose Behandlung. So werden ältere Menschen beispielsweise durch die Digitalisierung von Informationen ausgeschlossen, und praktische Ärzte machen wegen Überlastung keine Hausbesuche mehr.

 Mobil und aktiv – Gratis Öffis für Senioren ab 65

Der Sanierung gefährlicher Niveauunterschiede auf schlechten Gehwegen ist teuren Radwegen oder teuren Parkplatzvernichtungsaktionen der Vorzug zu geben. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel muss für alle Österreicher ab 65 Jahren in Wien kostenlos sein.

 Digitale Barrieren abbauen, analoge Zugänge erhalten

Damit ältere Menschen mit der Digitalisierung Schritt halten können, braucht es verstärkte und kostenlose Schulungsangebote. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass alle behördlichen Angelegenheiten weiterhin analog und persönlich erledigt werden können.

 Selbstständiges Wohnen bis ins hohe Alter fördern

Kostenlose Notfallarmbänder, mobile medizinische Versorgung und der Ausbau von Pflegediensten ermöglichen Senioren, möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden zu leben.

 Pflege daheim auszubauen spart Kosten

Pflege daheim ist kostengünstiger und oft im Sinne der Betroffenen. Wien muss mobile Pflege, 24-Stunden-Betreuung und Unterstützung für Angehörige weiter ausbauen.



Andreas Ströh / Alamy (21.68W5)

SICHERHEIT

WIEN DARF NICHT KABUL WERDEN

Die von Rot-Grün-Pink geförderte Zuwanderung kultur-fremder Menschen nach Wien hat zu einer Explosion von Kriminalität und Gewalt geführt; ausländische Jugend-bandern terrorisieren die Wiener.

Der schwedische Regierungschef Kristersson machte „jahrelange politische Naivität, eine verantwortungslose Einwanderungspolitik und eine gescheiterte Integration“ für die eskalierende Gewalt in Schweden verantwortlich. Während Kristersson „Parallelgesellschaften als Nährboden für kriminelle Banden“ sieht, ignoriert Wien das Problem, unter-nimmt nichts gegen Radikalismus und fördert genau diese Parallelgesellschaften mit dubiosen Multi-Kulti-Vereinen.

Mehr Polizei, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Wien braucht eine stärkere Polizeipräsenz, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern. Angsträume müssen durch ein besseres Lichtkonzept, Notrufsäulen und gezielte Videoüberwachung entschärft werden.

Mit „SoKo Jugendbanden“ gegen Bandenterror

Wien braucht eine eigene „SoKo Jugendbanden“, um die eskalierende Gewalt durch Jugendkriminalität konsequent zu bekämpfen. Gleichzeitig muss die Strafmündigkeit auf 12 Jahre gesenkt werden, damit auch jugendliche Gewalttäter zur Verantwortung gezogen werden können.

Parteilpolitik raus aus unserer Polizei

Parteilpolitik hat in der Polizei nichts verloren. Die Direktwahl des Polizeipräsidenten gibt den Bürgern die Kontrolle zurück und sichert eine unparteiische Polizeiführung.

Keine Toleranz für radikalen Islamismus

Parallelgesellschaften und religiöser Extremismus sind eine Bedrohung für unsere Demokratie. Extremistische Netzwerke und ihre Unterstützer müssen konsequent bekämpft und aus Österreich entfernt werden.



UMWELT

UMWELTSCHUTZ MIT HAUSVERSTAND

Im Namen des Klimaschutzes versucht Rot-Grün-Pink den Menschen in Wien zunehmend vorzuschreiben, wie sie leben sollen. Mit einer Fülle von Verboten und Vorschriften wird festgelegt, wie wir heizen, womit wir unsere Autos betreiben, was wir essen dürfen oder wie oft wir duschen sollen.

Dabei sind die stark ansteigenden Temperaturen in Großstädten zu großen Teilen auf lokale Effekte zurückzuführen, die wiederum größtenteils aus dem Bevölkerungswachstum resultieren. Dennoch liegt der Fokus der Wiener Stadtregierung darauf, das Weltklima zu retten, anstatt flächendeckend effiziente Maßnahmen gegen die Entstehung von „Urban Heat Islands“ (lokale Wärmeinseln) in Wien zu ergreifen.

Stadtklima verbessern – rational und sozial

Wien braucht effektive und sozial verträgliche Maßnahmen für ein besseres Stadtklima. Irrationale Verbote, Erziehungssteuern und Panikmache dürfen keine Grundlage für Umweltpolitik sein. NEIN zu „Klimafit“ und „Klimafahrplan“.

„Urban Heat Islands“ – Kampf den Wärmeinseln

Mehr Grünflächen, entsiegelte Böden und reflektierende Oberflächen helfen, die Hitzeinseln in der Stadt zu reduzieren. Die Stadt muss effektive Maßnahmen umsetzen, ohne dabei ideologisch motivierte Einschränkungen zu schaffen.

Echter Umweltschutz darf nicht auf der Strecke bleiben

Umweltschutz beginnt vor Ort. Wien muss Naturräume erhalten, die Bevölkerung aktiv einbinden und realistische Umweltprojekte fördern. Gleichzeitig braucht es mehr Bewusstseinsbildung in Schulen.

Mehr Schutz für Wild- und Haustiere

Wien braucht ein strengeres Artenschutzprogramm, um Lebensräume zu bewahren und Wildtiere besser zu schützen. Gleichzeitig müssen härtere Strafen für Tierquälerei eingeführt und Hundezonen ausgebaut werden.



VERKEHR

FREIHEIT AUF WIENS STRASSEN

In Wien scheint es das Ziel von Rot-Grün-Pink zu sein, das Autofahren immer mehr zu verunmöglichen. Dabei erweisen sich die Wiener Roten bereits als die „besseren“ Grünen.

„Auf dem Weg zur klimagerechten Stadt“ scheint der Stadtregierung jedes Mittel recht zu sein. So werden Verkehrsadern willkürlich durchtrennt, Parkplätze systematisch durch teure Rückbauten vernichtet und der Autoverkehr durch Radwege und Einbahnregelungen bewusst verzögert.

Ziel des rot-grün-pinken Öko-Kommunismus scheint es, dass die Wiener in Zukunft nur mehr einen Fahrschein besitzen dürfen und damit glücklich sein sollen.



Wien braucht eine faire Verkehrspolitik

Autofahrer müssen gleichberechtigt behandelt werden. Straßen müssen ausgebaut, der Lobau-Tunnel realisiert und ideologische Fahrverbote verhindert werden.



Rot-grün-pinke Parkplatzvernichtung beenden

Statt ideologischer Maßnahmen braucht es pragmatische Lösungen, die Autofahrer, Anwohner und die Umwelt gleichermaßen berücksichtigen. Mutwillige Einbahnregelungen und Fahrverbote verstärken den Suchverkehr, führen zu mehr Lärm und Emissionen und sind daher abzulehnen.



Radfahrer nicht zulasten anderer Verkehrsteilnehmer

Radfahren soll sicher und attraktiv sein, aber ohne systematische Benachteiligung aller anderen Verkehrsteilnehmer. Der Bau von Radwegen muss sinnvoll erfolgen, ohne mutwillig Fahrspuren oder Parkplätze zu vernichten.



Öffis schneller, verlässlicher und sicherer machen

Taktverdichtung, mehr Verbindungen und ein sicheres Umfeld sollen die Öffis wieder attraktiver für alle machen. Der Ausbau von U-Bahn-Linien an den Stadtrand und Park & Ride-Anlagen muss vorangetrieben werden.



VERWALTUNG

LEISTUNG & TRANSPARENZ FÜR DIE WIENER

Seit über 100 Jahren regiert die SPÖ in Wien – und ebenso lange wächst die Verwaltung und wird dabei immer ineffizienter. Anstatt produktiv und serviceorientiert zu arbeiten, sind viele Behörden überfordert, langsam und wenig lösungsorientiert. Jedes Jahr verschlingt dieser überdimensionierte Verwaltungsapparat mehr an Steuergeldern, ohne spürbaren Mehrwert zu schaffen.

Die Schulden explodieren, doch die Stadtregierung gibt weiterhin Milliarden für Sozialleistungen an Zuwanderer aus. Während die Infrastruktur verfällt und zentrale Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Sicherheit zunehmend schlechter funktionieren, fließen weiterhin enorme Förderungssummen in Parteiklientel und ideologische Projekte.

Kontrolle und Transparenz beim Budget

Defizit und Verschuldung wachsen, doch die Leistungen für die Bürger werden schlechter. Ein Untersuchungsausschuss und halbjährliche Berichte müssen offenlegen, wohin die Milliarden tatsächlich fließen.

Versorgung der Wiener garantieren statt Zuwanderung

Wiens Infrastruktur ist überlastet, während Milliarden in Sozialleistungen für Zuwanderer fließen. Statt weiter den Zuzug zu fördern, muss in Wohnraum, Verkehr, Schulen und medizinische Versorgung der Wiener investiert werden.

Effiziente Verwaltung statt teurer Bürokratie

Wien braucht eine effiziente Verwaltung, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Weniger Papierkram, klare Zuständigkeiten und digitale Lösungen sparen Kosten und erleichtern den Bürgern den Zugang zu Dienstleistungen.

Schlanke, verständliche und bürgernahe Gesetzgebung

Wien muss die Regulierungsflut eindämmen und überflüssige Bürokratie abbauen. Neue Vorschriften dürfen nur eingeführt werden, wenn sie praxistauglich sind und keine unnötigen Belastungen für Bürger und Unternehmen schaffen.



WIRTSCHAFT

WIEN BRAUCHT UNTERNEHMERTUM

Nach über einhundert Jahren SPÖ-Herrschaft ist der Wirtschaftsstandort Wien alles andere als attraktiv, sind doch Unternehmer seit jeher ideologisches Feindbild der Sozialisten. Überbürokratisierung und immense finanzielle Belastungen sind besonders für Wiens Klein- und Mittelständische Unternehmen zu einem Entwicklungshemmnis geworden.

Hinzu kommen halbherzig betriebene Projekte mit ideologischer Schlagseite, die mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen. Statt wirkliche Impulse zu setzen, verschwendet die Stadt Millionen in Prestigeprojekte. Fördergelder fließen ineffizient oder nach parteipolitischen Interessen, anstatt gezielt Unternehmen zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Unterstützung für Klein- und Kleinunternehmen

Mehr Sichtbarkeit, ein Wiener Herkunftssiegel, leistbare Energie, faire Mieten, unbürokratische Förderung, praxisnahe Weiterbildung, flexible Kinderbetreuung, u. v. a. m. sollen dazu beitragen, den Wirtschaftsstandort Wien nachhaltig zu stärken.

Mehr Service, weniger Bürokratie für Unternehmen

Unternehmen brauchen weniger Bürokratie und mehr Service. Ein „One-Stop-Shop“ für alle behördlichen Anliegen, schnellere Genehmigungen und eine transparente Förderlandschaft müssen Wien wirtschaftsfreundlicher machen.

„Recht auf einen Handwerker“

Handwerksberufe verdienen mehr Anerkennung und bessere Förderung. Wien muss Lehrberufe aufwerten, Berufsschulen modernisieren und frühzeitig Grundlagen für technische Ausbildungen legen.

Wien als Hightech-Standort sichert unsere Zukunft

Wien hat enormes Potenzial als Hightech-Standort, doch es fehlt an gezielter Umsetzung. Internationale Kooperationen, Unternehmensförderung und eine starke Innovationslandschaft sind entscheidend, um konkurrenzfähig zu bleiben.



WOHNEN

MUSS IN WIEN WIEDER LEISTBAR WERDEN

Wien hat eine stolze Tradition des sozialen Wohnbaus. Eine Tradition, der die Sozialdemokratie längst nicht mehr gerecht wird. Leistbares Wohnen wurde von der Realität zur politischen Propaganda degradiert. Die „Herrschaft“ Michael Ludwigs ist gekennzeichnet durch verfallende Gemeindebauten, explodierende Mieten, zunehmende Ghettoisierung und rote Seilschaften.

Wien ist stolz auf eine ungebremste Zuwanderung und das Überschreiten der 2-Millionen-Einwohner-Grenze, schafft aber am Wohnungssektor keine adäquate Infrastruktur, was die Preise massiv in die Höhe treibt. Dadurch sind immer mehr Österreicher auf geförderte Wohnungen angewiesen.

Geförderte Wohnungen und Beihilfe für Österreicher

Die Vergabe von Wohnungen im Einflussbereich von Wiener Wohnen darf ab sofort ausschließlich an österreichische Staatsbürger erfolgen. Mit dieser Maßnahme sollen die Wiener Gemeindebauten innerhalb von zehn Jahren wieder ein Ort der Normalität und des Zusammenlebens werden, an dem sich die Wiener wohlfühlen.

„Wien-Hausordnung“ statt Jugendbanden

Im sozialen Wohnbau braucht es klare Regeln und Konsequenzen. Wer Nachbarn tyrannisiert, Gewalt ausübt oder Parallelgesellschaften fördert, muss seine Wohnung verlieren.

Sanierungsoffensive im Gemeindebau

Michael Ludwig und die Wiener SPÖ lassen den Gemeindebau verfallen. Der bestehende Rückstau ist innerhalb von zehn Jahren abzubauen, Gemeindebauten und -wohnungen sind alle 30 Jahre routinemäßig zu sanieren.

Eigentum fördern durch die „Wien-Haftung“

Die Stadt muss Eigentum für Wiener leistbarer machen. Durch die „Wien-Haftung“ können Kreditzinsen gesenkt und der Zugang zu Wohneigentum erleichtert werden.



Joshua Zakany / Alamy (F24138)

ZUWANDERUNG

VOM SOZIALPARADIES ZUR ABSCHIEBE- HAUPTSTADT

In Wien nimmt die Kriminalität noch nie dagewesene Formen an, die Kosten für das Sozialsystem explodieren, das Schulsystem ist kollabiert, Spitäler und Ordinationen sind überfüllt. Wien ist auf allen Ebenen mit der von Rot, Grün, Pink und Türkis betriebenen illegalen Massenzuwanderung überfordert, lockt mit exorbitanten Sozialleistungen aber immer mehr Völkerwanderer in die Stadt.

Blicken wir in andere Großstädte Europas wie etwa Paris, Brüssel oder Malmö, die diesen Massenansturm aus Afrika und Asien schon viele Jahre zuvor durchgemacht haben, bekommen wir einen Vorgeschmack auf das, was uns in Wien bevorsteht, wenn wir nicht jetzt die Notbremse ziehen.



Wien muss Abschiebe-Hauptstadt werden

Es braucht einen sofortigen Asylstopp und konsequente „Push-Backs“ an den Grenzen. Offene Asylverfahren sind zu beschleunigen und rasch abzuschließen, negative Bescheide müssen ausnahmslos zur sofortigen Abschiebung führen. Der Familiennachzug nach Österreich muss dauerhaft unterbunden werden. Zudem darf aus einem Asyltitel keine Einbürgerung mehr abgeleitet werden.



Keine Integrationsmaßnahmen für Asylanten

Asyl ist ein Recht auf Zeit. Deshalb sind keine Integrationsmaßnahmen für Asylanten zu setzen. Kinder sind in ihrer Muttersprache zu unterrichten und Erwachsene haben in Berufen geschult zu werden, die in ihren Heimatländern benötigt werden, um sie auf eine rasche Rückkehr vorzubereiten. Das ist fair für Wien und die Herkunftsländer.



Kostenwahrheit in der Zuwanderungsfrage

Eine ehrliche Debatte über Zuwanderung muss alle Kosten einbeziehen. Neben Sozialleistungen und Grundversorgung sind auch langfristige Belastungen für Bildung, Wohnraum, Sicherheit und Gesundheitsversorgung zu berücksichtigen.

FPX